
FDP Rodenbach

FAIR FÜR EINSATZ, FLEISS ODER SPARSAMKEIT

09.12.2020

FDP-FRAKTION STIMMT GEGEN DIE VERGABERICHTLINIE FÜR DIE ZUTEILUNG DER GEMEINDEEIGENEN BAUGRUNDSTÜCKE IM NEUBAUGEBIET „SÜDLICH DER ADOLF-REICHWEIN- STRASSE“

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung, am Donnerstag, den 12. November 2020, haben die

Fraktionen der SPD und der CDU die Drucksache G 2020/19, d.h. die Vergaberichtlinie für die

Zuteilung der gemeindeeigenen Baugrundstücke im Neubaugebiet Südlich der Adolf-Reichwein-Straße, beschlossen.

Wir, die FDP-Fraktion, haben bei einer Enthaltung (in der FDP-Fraktion gibt es keinen Fraktionszwang)

mit zwei Stimmen gegen diese neue Vergaberichtlinie gestimmt.

Die „Richtlinie für die Vergabe der im Rahmen des Umlegungsverfahrens für das zukünftige Baugebiet

„Südlich der Adolf-Reichwein- Straße“, sieht unter anderen vor, dass die neu geordneten Grundstücke, die sich nach Abschluss des Umlegungsverfahrens im Eigentum der Gemeinde

Rodenbach befinden, nach besonderen Kriterien durch den Gemeindevorstand (SPD + CDU) vergeben werden sollen.

Mit den folgenden festgelegten Kriterien sollen nach Ansicht der SPD und der CDU eine gerechte und nachvollziehbare Vergabe der Grundstücke sichergestellt werden:

1. Bedürftigkeit der Bewerber nach sozialen Kriterien z.B. Anzahl Kinder, pflegebedürftige Angehörige,
2. Bedürftigkeit der Bewerber nach Einkommen,
3. Ausübung eines Ehrenamtes,
4. Bezug der Bewerber zur Gemeinde Rodenbach unter Berücksichtigung der Zeitdauer,
5. des Hauptwohnsitzes,
6. der Anstellung / Gewerbeausübung.

Wir, die Freien Demokraten, finden dabei einige der Kriterien durchaus sinnvoll. Es ist begrüßenswert,

dass beispielsweise junge Familien mit Kindern bevorzugt werden, Familien mit pflegebedürftigen

Angehörigen einen Vorteil genießen und Ehrenämter höher bepunktet werden sollen. Und selbstverständlich begrüßen wir auch den Ansatz „Rodenbacher first“, d.h. Interessenten, die bereits

in Rodenbach leben, erhalten einen Vorteil. Das finden wir ausgesprochen gut.

Was uns aber an den Kriterien überhaupt nicht gefällt, sind die Vorgaben bezüglich der Vermögens- und Einkommensobergrenzen. So sollen als Voraussetzungen für eine Bewerbung

beispielsweise
gelten, dass Interessenten nur maximal über ein Vermögen in Höhe des
Grundstückswertes verfügen
dürfen. Auch sollen für Bewerber Einkommensobergrenzen (Einzelperson 51.000 €, Paar
102.000 €)
gelten und wer bereits ein bebaubares Grundstück oder eine Immobilie in der Gemeinde
Rodenbach
besitzt, scheidet als Bewerber bereits im Vorhinein aus.

Unsere Meinung nach sind die zuletzt genannten Kriterien nicht sinnvoll. Hat jemand sein
Leben lang
fleißig gespart, hart gearbeitet oder geerbt, so könnte entweder sein Vermögen oder sein
aktuelles
Einkommen zu hoch sein und somit hätte er/sie überhaupt keine Chance an solch ein
Baugrundstück
zu kommen. Auch wer clever war, und sich bereits eine Eigentumswohnung oder ein
Reihenhaus in
Rodenbach gekauft hat – sich jetzt aber verbessern will und den Bau eines
Einfamilienhauses plant,
hat keine Chance eines der begehrten Grundstücke zu ergattern, weil er ja bereits eine
Immobilie
besitzt.?

Das ist aus unserer Sicht nicht fair und wir sind der Meinung, dass Einsatz, Fleiß oder
Sparsamkeit
nicht bestraft werden darf. Wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft und nach wie vor
sollte das
Leistungsprinzip gelten. Und nur weil jemand etwas mehr verdient (und in der Regel damit
auch mehr
leistet und mehr Gewerbe – oder Einkommensteuer zahlt), darf er doch in diesem
Zusammenhang
nicht ungleich behandelt werden. Zudem führt die limitierende Obergrenze für das
Einkommen und
Vermögen sehr wahrscheinlich dazu, dass die Mehrheit der Käufer, die diese Kriterien

erfüllen, in eine
Vollfinanzierung getrieben werden.

Wir erkennen den gut gemeinten und sozialen Ansatz der SPD und respektieren auch,
dass die CDU
der Vergaberichtlinie zugestimmt hat, sind jedoch nach wie vor der Meinung, dass die
Vergaberichtlinie einer Überarbeitung bedarf und haben deshalb gegen die Durchführung
dieser
Grundstücksverkäufe auf Basis der vorgelegten Richtlinie gestimmt.

FDP-Fraktion Rodenbach
Michael Kempf

FDP Rodenbach